

DVPW- Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte

## **Bürgerschaft: Aktuelle Entwicklungspfade und konzeptionelle Neubestimmungen**

Philipps-Universität Marburg, 18. – 20. März 2026

### **Call for Papers**

**Organisatoren:** Oliver Eberl, Julian Nicolai Hofmann, Eva-Maria Schäfferle, Sandra Seubert

Bürgerschaft stellt eine zentrale Kategorie der Demokratie dar: Sie vermittelt zwischen Rechten der Angehörigen einer Demokratie und ihrem Selbstverständnis als Gesetzgeber\*innen. In der Theorie findet sich dieses Verhältnis ausgedrückt in liberalen und republikanischen, radikaldemokratischen oder deliberativen Ansätzen. Alle diese Ansätze verweisen auf ideengeschichtliche Grundlagen, die in veränderten Kontexten immer wieder neu interpretiert werden.

Während Bürgerschaft lange Zeit als einheitliche Größe verstanden wurde, welche allen Bürger\*innen gleiche Rechte und Pflichten zuspricht und sie damit klar von Nicht-Bürger\*innen abgrenzt, lassen neuere Entwicklungen dieses Modell überholt erscheinen: Nicht nur haben politische Regime wie die EU neue transnationale Formen der Bürgerschaft hervorgebracht, auch die Bearbeitung des Kolonialismus hat mit indigener Bürgerschaft eine Binnendifferenzierung herausgebildet, die in unitarischen Konzepten der Bürgerschaft nicht vorgesehen war. In diesen sollte die Bürgerschaft als Trägerin einer einheitlichen politischen Identität partikuläre kulturelle Identitäten neutralisieren und überwölben. Dagegen haben multikulturelle Ansätze Vorschläge zur Differenzierung gemacht, doch Bürgerschaft ist in der Politischen Theorie weiterhin vor allem jene Kategorie, mit der die Verwandlung von Mitbürger\*innen zu einem kollektiven Akteurskörper gedacht und beschrieben wird. Diese Form staatszentrierter Bürgerschaft wird schon seit längerem konzeptionell durch Ideen von Städtebürgerschaften, Weltbürgerschaft oder Denizanship diversifiziert. Überdies wird sie in postkolonialer Perspektive auch in Gänze als westliches Konzept in Frage gestellt.

An dem Bild einer durch staatliche Demokratie autonom generierten und durch den Staat verwirklichten Bürgerschaft wird auch durch Entwicklungen in der internationalen Gerichtsbarkeit gerüttelt: Längst fallen supranationale Gerichte Urteile, die den Status der Bürgerschaft betreffen. Dabei greifen sie auf ein wachsendes trans- und internationales System der Menschenrechte zurück, das in einer Wechselwirkung zur Bürgerschaft steht.

Hinzu kommt eine Vervielfältigung der Formen von Beteiligung und Mitbestimmung. Nicht mehr nur in Wahlen, sondern auch in gelosten Bürgerforen sowie durch vielfältige Formen zivilgesellschaftlichen Engagements wird bürgerschaftliche Partizipation ausgeübt. Zwar wird kritisiert, dass diese Formen der Partizipation exekutiv gelenkt und situativ seien oder aber

Partizipation entlang einer sozialen Spaltung multipliziert, doch ist damit gleichwohl nicht abschließend geklärt, ob sie nicht doch mit einer bedeutsamen Erweiterung von Bürgerschaft verbunden sind.

Gleichzeitig wird eine Krise der Demokratie beobachtet oder eine regressive Demokratie konstatiert, die auch die Bürgerschaft betrifft. Die Überzeugung, dass demokratische Bürgerschaft überhaupt noch als normative Leitkategorie angesehen wird, ist ins Wanken geraten. Vielmehr erscheint es so, dass es neben der Skepsis gegenüber Demokratie und demokratischen Beteiligungsformen zu einer bewussten Ablehnung liberaler Mitgliedschaftskonzepte kommt, welche nunmehr verstärkt mit völkischen und sozialnativistischen Idealen konkurrieren. Emotionale und affektive Komponenten der Bürgerschaft, die vorher auf kollektive Identität verwiesen, verstärken nun Spaltungstendenzen und Polarisierung innerhalb der Gesellschaft.

Alle diese Prozesse verändern, wie über Bürgerschaft nachgedacht wird und setzen sie empirischen wie konzeptionellen Herausforderungen aus. Es erscheint uns daher angeraten und notwendig, die Kategorie der Bürgerschaft einer Bestandaufnahme zu unterziehen und auf ihre ideengeschichtlichen Wurzeln und ihre zukünftige Ausrichtung hin zu überprüfen. Folgende Themenfelder verdienen dabei unseres Erachtens besondere Aufmerksamkeit:

- *Bürgerschaft im Konflikt*: Loyalität und Dissidenz, Bürgerschaft in in polarisierten Gesellschaften, Kriegen und bewaffneten Konflikten
- *Bürgerschaft und Menschenrechte*: Ideengeschichte und Gegenwartsbezug des Kosmopolitismus, Migration, Flüchtlingsrechte, supranationale Gerichte
- *Regressive Tendenzen von Bürgerschaft*: Abwendung von Politik und Wahlrecht, Abwendung von liberal-demokratischen hin zu autoritären Regimen, völkische Formen ungleicher Bürgerrechte
- *Transnationale Konstellationen der Bürgerschaft*: EU, Mehrebenen-Bürgerschaft, Mehrfach-Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft, historische Entwicklungspfade
- *Koloniale und Postkoloniale Verhältnisse der Bürgerschaft*: Fortbestehen kolonialer Verhältnisse, Sonderformen postkolonialer Bürgerschaft, indigene Bürgerschaft, Rassismus
- *Transformation von Beteiligungsformen*: Bürgerräte, Losverfahren und Repräsentation

## **Organisatorisches**

Die Tagung findet als Kooperation der Universitäten Marburg und Frankfurt am Main vom 18. bis 20. März 2026 an der Philipps Universität Marburg statt.

Auf eine diskriminierungsfreie Atmosphäre und barrierefreie Veranstaltungsorte wird geachtet.

Abstracts für geplante Beiträge (deutsch oder englisch, maximal 500 Wörter) sowie eine Kurzbiographie können bis **30.06.2025** an [tagung-buergerschaft@uni-marburg.de](mailto:tagung-buergerschaft@uni-marburg.de) eingereicht werden.